

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Petra Biel
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Ellen Seehausen
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke
Stellv. Fachbereichsleiter Finanzwirtschaft Stefan Kück
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Torsten Klebba

vom Eigenbetrieb

Betriebsleitung Grundstücke und Gebäude Oliver Leinert
Betriebsleitung Städtische Datenverarbeitung Hubert Rüttgers

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Werner Biehl
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Peter Müller

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 12

C. Nichtöffentlicher Teil ab Seite 13

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

5	Bericht des Oberbürgermeisters und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 5 a Abs. 9 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO)	
6.1	Handlungskonzept zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund	167/2011
6.2	Anregung gemäß § 22 c Niedersächsische Gemeindeordnung	198/2011
6.3	Umsetzungskonzept papierloser Sitzungsdienst	200/2011
6.4	Antrag der CDU-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung des Mehrgenerationenhauses	517/2011
7.1.1	Verschmelzung der "Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH" auf die "WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH"	213/2011
7.2.1	Bebauungsplan Nr. 62, 1. Änderung-Freigebiet Freiligrathstraße-Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	190/2011
7.2.2	Bebauungsplan Nr.94-Gewerbegebiete südliche Flutstraße-Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss	191/2011
7.2.3	Bebauungsplan Nr. 63 A / 6. Änderung -Norderneystraße / Ölhafendamm / Osttangente-Entwurfsbeschluss	192/2011
7.2.4	JadeWeserPort Straßenbenennungen für die Planstraßen im Geltungsbereich der Bebauungspläne 210 "JadeWeserPort/Containerterminal" und 211 "Hafengroden"	201/2011
7.3.1	Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Realschule Freiherr-vom-Stein-Schule	131/2011
7.4.1	Beschluss der Spielraumplanung 2011 - 2016	193/2011
7.5.1	Banter See - Restaurierungsmaßnahme	187/2011
7.5.2	Bebauungsplan 207 – Remmelhauser Weg – Festlegung des Kaufpreises für die Baugrundstücke	168/2011
7.6.1	Jahresabschluss 2010 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung -	153/2011
7.7.1	Widmung von Straßen	162/2011
7.7.2	Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke Wilhelmshaven / Anpassung des Finanzierungsrahmens	206/2011
7.8.1	Abberufung als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes	222/2011

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt machte auf die Ergänzungen zur Tagesordnung aufmerksam (Hinzunahme eines neuen Tagesordnungspunktes 5 „Bericht des Oberbürgermeisters und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 5a Abs. 9 Niedersächsische Gemeindeordnung“ sowie Ergänzung um Punkt 7.8.1 „Abberufung als Prüferin für das Rechnungsprüfungsamt“ (Vorl.-Nr. 222/2011)) und informierte über die Absetzung der Punkte 6.1 „Handlungskonzept zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ (Vorl.-Nr. 167/2011) und 7.4.1 „Beschluss über die Spielraumplanung 2011 – 2016“ (Vorl.-Nr. 193/2011).

Herr Prof. Reuter erklärte, die CDU-Fraktion ziehe ihren Antrag, Tagesordnungspunkt 6.4, zurück und nannte anschließend kurz die Gründe dafür.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.05.2011

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 18.05.2011 wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Für die „aktuelle Stunde“ lagen keine Beratungspunkte vor.

- 5 Bericht des Oberbürgermeisters und der Gleichstellungsbeauftragten nach § 5 a Abs. 9 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO)

Der Bericht wurde zustimmend zur Kenntnis genommen. Er ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

- 6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Prof. Reuter)

- 6.1 Handlungskonzept zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund **167/2011**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

- 6.2 Anregung gemäß § 22 c Niedersächsische Gemeindeordnung **198/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 04.07.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat nimmt die mit Schreiben vom 22.05.2011 von Herrn Peter Bünting gem. § 22c NGO eingereichte und vom Rat zu behandelnde Anregung zur Kenntnis.
2. Eine sachliche Prüfung ist erfolgt (siehe dazu Vorlage Nr. 187/2011 „Banter See – Restaurierungsmaßnahmen“ - diese beinhaltet unter anderem die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur ein- oder zweiseitigen Öffnung des Banter Sees).
3. Der Petent erhält einen schriftlichen Bescheid über das Ergebnis der Beratungen.

- 6.3 Umsetzungskonzept papierloser Sitzungsdienst **200/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 04.07.2011 vor.

Herr Dr. von Teichman appellierte, Ausnahmen zum Beispiel bei umfangreichen Beschlussvorlagen zuzulassen. Seiner Ansicht nach seien derartige Unterlagen in Papierform besser zu lesen.

Darüber hinaus halte er die Anschaffung von Geräten, die ausschließlich auf den Zugang zum Ratsinformationssystem beschränkt seien, für wenig sinnvoll. Hier zöge er einen Zuschuss zur Anschaffung eines eigenen Gerätes vor.

Frau Aljets lobte das Ratsinformationssystem, welches die Ratsarbeit besonders hinsichtlich der anfallenden Mengen an Papier wesentlich erleichtere. Sie habe im

Gegensatz zu Herrn Dr. von Teichman auch beim Lesen und Bearbeiten elektronischer Unterlagen keine Probleme.

Herr Prof. Reuter machte darauf aufmerksam, dass bereits seitens der Verwaltung zugesichert worden sei, in Ausnahmefällen benötigte Unterlagen auf Papier bereit zu stellen.

Herr Dr. von Teichman rief zu einem pragmatischen Vorgehen auf, was auch beinhalte, in Einzelfällen Ausnahmen zuzulassen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Umsetzungskonzept zur Einführung des papierlosen Sitzungsdienstes ab der neuen Wahlperiode zu.

6.4 Antrag der CDU-Fraktion auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Fortführung des Mehrgenerationenhauses **517/2011**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

7.1.1 Verschmelzung der "Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH" auf die "WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH" **213/2011**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 04.07.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt der Verschmelzung der „Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven-Friesland mbH“ (WiFöG) auf die „WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH“ (WFG) im Wege der Verschmelzung durch Aufnahme im Sinne des Umwandlungsgesetzes zu.

7.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)

7.2.1 Bebauungsplan Nr. 62, 1. Änderung - Freigebiet Freiligrathstraße - Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss **190/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.06.2011 vor.

Herr Barkowsky zeigte sich erfreut über diese Beschlussvorlage. Schließlich würden mit dem Umzug vom Triftweg an die Freiligrathstraße die Voraussetzungen für den Verein geschaffen, auch in Zukunft attraktive Sportmöglichkeiten bieten zu können. Neben dem Sportforum stelle diese Anlage die zweite städtische Sportanlage dar; außerdem werde eine erhöhte Auslastung dieser Anlage erwartet.

Die Umsetzung dieses Vorhabens stimme mit den sportpolitischen Leitlinien und dem Sportanlagen-Entwicklungskonzept überein und trage nicht zuletzt der demografischen Entwicklung Rechnung.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen die **1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 62 - FREIGEBIET FREILIGRATHSTRASSE** - als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 10.06.2011 wird mit den Angaben nach §2a BauGB beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigelegt.

7.2.2 Bebauungsplan Nr.94 - Gewerbegebiete südliche Flutstraße - **191/2011**
Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.06.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§2 Abs.1 und 10 des Baugesetzbuches und der §§6 und 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in den z.Z. geltenden Fassungen den Bebauungsplan Nr. 94 -GEWERBEGEBIETE SÜDLICHE FLUTSTRASSE- als Satzung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01-) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung in der Fassung vom 10.06.2011 wird mit den Angaben nach §2a BauGB beschlossen und ist dem Bebauungsplan gem. §9 Abs.8 des Baugesetzbuches beigelegt.

7.2.3 Bebauungsplan Nr. 63 A / 6. Änderung **192/2011**
- Norderneystraße / Ölhafendamm / Osttangente - Entwurfsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.06.2011 vor.

Herr Kempcke verlieh seiner Freude darüber Ausdruck, dass mit dieser Vorlage dem Denkmalschutz in vollem Umfang entsprochen werde. Die Heppenser seien stolz über ein solches Baudenkmal in ihrem Stadtteil. Die hohe Priorität des Denkmalschutzes müsse hier lobend hervorgehoben werden. Mit den strengen Auflagen für die weitere Bebauung würden die wesentlichen Voraussetzungen zum Erhalt des Gebäudes geschaffen. In diesem Zusammenhang wolle er der Bauverwaltung für die geleistete Arbeit danken.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 63A/ 6.Änderung- NORDERNEYSTRASSE / ÖLHAFENDAMM / OSTTANGENTE** - zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.2.4 JadeWeserPort

201/2011

Straßenbenennungen für die Planstraßen im Geltungsbereich der Bebauungspläne 210 "JadeWeserPort/Containerterminal" und 211 "Hafengroden"

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 28.06.2011 vor.

Oberbürgermeister Menzel regte an, in Zusammenhang mit den Straßenbenennungen im Hafenbereich auch eine Benennung nach Arthur Grunewald zu überdenken. Das Vorschlagsrecht liege hier jedoch beim Eigentümer der Straße, der Eurogate. Anschließend nannte Oberbürgermeister Menzel einige Alternativen für andere in Frage kommende Straßen. Dennoch würde er es begrüßen, wenn der Rat bis zum Ende seiner Wahlperiode am 31.10. dieses Jahres noch eine derartige Entscheidung treffe; vorbereitende Gespräche würden seitens der Verwaltung bereits geführt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die im Bereich des JadeWeserPorts vorgesehenen Planstraßen erhalten folgende Bezeichnungen:

Haupterschließungsstraße (A) =	„Pazifik“
Deichseitige Erschließungsstraße (B) =	„Atlantik“
Nordzufahrt Erschließungsstraße (C) =	„Nordmeer“
Kajenzufahrt Nord (D) =	„Arktis“
Südliche Verbindungsstraße (E) =	„Indik“
Nördliche Verbindungsstraße (F) =	„Barentssee“
Zufahrt zum Terminal (G)	
Vom CTW bis Kreuzungsbereich=	„Ozean-Pier“
Kajenzufahrt Süd (H) =	„Karibik“

7.3 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)7.3.1 Einrichtung einer offenen Ganztagschule an der Realschule Freiherr-vom-Stein-Schule 131/2011

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 09.06.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Errichtung einer offenen Ganztagschule (GTS) an der Realschule Freiherr-vom-Stein-Schule wird zugestimmt.

7.4 Jugendhilfeausschuss (Ratsfrau Ober-Bloibaum)7.4.1 Beschluss der Spielraumplanung 2011 - 2016

193/2011

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)

7.5.1 Banter See - Restaurierungsmaßnahme

187/2011

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 04.07.2011 vor und brachte anschließend folgenden gemeinsamen Änderungsantrag von CDU, FDP und Grünen ein:

„Bis spätestens Mai 2012 erarbeitet die Verwaltung - unter Beteiligung von Bürgern sowie betroffenen Vereinen und Unternehmen - eine Nutzungskonzept für den Banter See und die Flächen in seiner Umgebung. Das Konzept soll u.a. zu folgenden Punkten klare Aussagen enthalten:

- *Welche Funktion soll das Gewässer zukünftig haben*
- *Welche Nutzungsmöglichkeiten bestehen grundsätzlich im, auf und um das Gewässer herum. Welche der Nutzungsmöglichkeiten sollen verwirklicht werden?*
- *Wie und in welchen Bereichen sollen Freizeit/Kleingärten/Natur/Verkehr/Wirtschaft/Wohnungsbau voneinander abgegrenzt werden?*
- *Wie sind die Teilbereiche des Gewässers und seiner Umgebung hinsichtlich der angestrebten Nutzung zu bewerten?*

Das zu erarbeitende Konzept soll dem Rat als Entscheidungsgrundlage für weitere Maßnahmen im Hinblick auf die Zukunft von See samt Umgebung dienen und ist dem Rat in der Ratssitzung im Juni 2012 vorzulegen.

Daneben werden folgende Maßnahmen geprüft bzw. ergriffen:

1. *Reduzierung von Einleitungen*
Ermittlung der Einleiter unter Berücksichtigung der Frachten mit dem Ziel der Abbindung bzw. Ausfilterung von Nährstoff(Phosphat)einträgen – Ermittlung, Abbindung bzw. ggf. Ausfilterung kurzfristig im Rahmen der laufenden Verwaltung.
2. *Phosphatminimierung (endogene Maßnahme)*
Im Rahmen einer Alternativenprüfung ist von einem unabhängigen Sachverständigen eine Machbarkeitsstudie zu erstellen, die den Einsatz von Phosphatfällungsmitteln hinsichtlich der Erfolgsaussichten und Risiken bewertet. Des Weiteren sind die Kosten und die zum Einsatz kommenden Mengen der oder des Mittels detailliert darzustellen. Die Beschaffung und Anwendung der/ des Phosphatfällungsmittels erfolgt erst nach einem gesonderten Vergabebeschluss durch den BGGS und der Bestätigung durch den Rat.
Als weitere endogene Maßnahme ist die Erhöhung der Salinität des Sees durch Einbringen von entweder Sole aus den Kavernen oder Trockensalz hinsichtlich Mengen, Kosten und ggf. Folgen für die Gewässerökologie zu prüfen. Entsprechende wissenschaftliche Beurteilungen sind einzuholen.
3. *Ergänzende Bestandsaufnahme und Monitoringsystem*
Grundlagenbeschaffung zur Gewässergeomorphologie bzw. zum Aufbau der Gewässersohle und Monitoring von Wassertemperatur, Wasserstand, und Grundwasserqualität (Grundwasserbrunnen), durch ein anerkanntes Fachinstitut, über mindestens einen Jahreszyklus, mit dem Ziel, die im Rahmen einer Alternativenprüfung ermittelten Maßnahmenvarianten absichern und evaluieren zu können – kurzfristig nach gesondertem Vergabebeschluss durch den BGGS. Zuvor ist eine Kostenschätzung erforderlich.

4. *Wasseraustausch/Öffnung des Banter Sees (exogene Maßnahmen)*
Nach zuvor erfolgter grober Kostenschätzung und entsprechender Information der Fachausschüsse ist eine detaillierte Machbarkeitsstudie im Rahmen einer Alternativenprüfung zu erstellen. Ziel der in der Studie darzustellenden Maßnahmemöglichkeiten ist, die Wasserqualität durch wiederkehrenden bzw. permanenten Wasseraustausch nachhaltig zu verbessern – mittel- und langfristig zur Vorbereitung einer gesonderten Beschlussfassung durch den Rat.
5. *Flankierende Maßnahmen (kurzfristig)*
 - o Fütterungsverbote zur Unterbindung von Nährstoffeinträgen*
 - o Hinweis-Beschilderung ‚Algenblüte‘*
 - o Fischbesatz mit Bakterioplankton-Fressern nach Vorlage einer von einem unabhängigen Sachverständigen erstellten detaillierten Machbarkeitsstudie mit detaillierten Aussagen hinsichtlich Wirkung, Risiken und hinsichtlich der erforderlichen Mengen und Kosten, sowie nach gesondertem Vergabebeschluss durch den BGGS und dessen Bestätigung durch den Rat*
 - o Das laufende Freistahlverfahren wird mindestens für die Vertragslaufzeit mit der Jadehochschule fortgesetzt. Die Projektentwickler werden vor einer etwaigen Beendigung des Verfahrens gehört und in die weitere Planung einbezogen. Das Verfahren wird nach Ablauf des Vertrages einer weiteren kritischen Prüfung unterzogen.*
 - o Die Bildung/Bepflanzung von Flachwasserzonen ist zu planen und erfolgt nach Vorlage einer von einem unabhängigen Sachverständigen erstellten detaillierten Machbarkeitsstudie mit positiver Aussage und Ermittlung von Mengen und Kosten, sowie nach gesondertem Vergabebeschluss durch den BGGS und dessen Bestätigung durch den Rat.“*

An der folgenden ausführlichen Diskussion über das weitere Vorgehen zur Wiederherstellung des Banter Sees beteiligten sich die **Herren Hellwig, Barkowsky, Dr. von Teichman, Tjaden, Harms, Prof. Reuter, Oberbürgermeister Menzel** und **Rech.**

Auf Antrag von **Herrn Adam** wurde die Sitzung für weitere fraktionsinterne Beratungen von **17.20 Uhr bis 17.30 Uhr unterbrochen.**

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung betonte **Herr Adam**, die SPD-Fraktion werde den Vorschlag der Verwaltung unterstützen, die dies von beiden Alternativen die zukunftsweisende sei.

Daraufhin brachte Herr Hellwig einen Ergänzungsantrag ein, der vorsah, das Konzept in einen rechtsverbindlichen Bebauungsplan münden zu lassen.

Nachdem die **Herren Kottek** und **Oberbürgermeister Menzel** eindringlich auf die Schwierigkeiten einer solchen Forderung aufmerksam gemacht hatten, zog **Herr Hellwig** diesen Ergänzungsantrag wieder zurück.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen wurde über den gemeinsamen Änderungsantrag abgestimmt:

Der Änderungsantrag der Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen wurde mehrheitlich angenommen (bei 25 Ja-Stimmen – CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Gruppe BASU/Tholen, Ratsherr Janssen und 16 Gegenstimmen: SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Menzel).

Damit wurde der Beschlussvorschlag der Verwaltung durch den Änderungsantrag ersetzt.

7.5.2 Bebauungsplan 207 – Remmelhauser Weg – Festlegung des Kaufpreises für die Baugrundstücke

168/2011

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 09.06.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verkaufspreis für die im Bereich des Bebauungsplanes 207 Remmelhauser Weg West belegenen Baugrundstücke wird folgendermaßen festgesetzt.

Baugrundstück in normaler Lage	59,00 €/m ²
Baugrundstück in guter Lage	69,00 €/m ²
Private Grünflächen/ Grabenflächen	6,00 €/m ²
Zuwegungsflächen	30,00 €/m ²

Der Verkauf erfolgt inklusive Erschließungs- und Naturersatzkosten.

Die Käufer sind vertraglich zu verpflichten, das erworbene Baugrundstück innerhalb von zwei Jahren nach Vertragsabschluss gem. den Festsetzungen des Bebauungsplanes 207 zu bebauen.

7.6 Betriebsausschuss Städtische Datenverarbeitung (Ratsherr Hartmann)

7.6.1 Jahresabschluss 2010 „Städtische Datenverarbeitung Wilhelmshaven“ - Entlastung Betriebsleitung - **153/2011**

Herr Hartmann trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Städtische Datenverarbeitung vom 07.06.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Jahresabschluss 2010 der SDW zum 31.12.2010 wird gem. Abschlussprüfung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand Oldenburg GmbH mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 45.697,77 € festgestellt. Dieser Fehlbetrag wird aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

7.7 Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven
(Ratsherr Gabriels)

7.7.1 Widmung von Straßen

162/2011

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 10.06.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Gemäß § 6 des Nds. Straßengesetzes in der z.Zt. geltenden Fassung wird die nachfolgend aufgeführte Straße im Gebiet der Stadt Wilhelmshaven zum 01.08.2011 dem öffentlichen Verkehr als Gemeindestraße gewidmet:

Helderei zwischen der Radwegverbindung Coldewei / Altengroden und dem Pumpwerk Nord
Länge: ca. 140 m

7.7.2 Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke Wilhelmshaven / Anpassung des Finanzierungsrahmens

206/2011

Herr Gabriels trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 01.07.2011 vor.

Herr Tjaden merkte an, die neue K-W-Brücke würde noch mehr gewinnen, wenn die Südzentrale auch endlich restauriert würde.

Die **Herren Schmidt, Hellwig** und **Westerman** erklärten übereinstimmend, dass die Wiederherstellung der Kaiser-Wilhelm-Brücke als Technikdenkmal unablässig gewesen sei. Angesichts des Alters dieses Bauwerkes sei es nicht verwunderlich, wenn eine Restaurierung mehr Mittel benötige als veranschlagt; dies sei zwar ärgerlich, aber dennoch dringend nötig gewesen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt die Erhöhung der Baukosten für die Grundsanierung der Kaiser-Wilhelm-Brücke zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Betriebsleitung des Eigenbetriebs „Technische Betriebe Wilhelmshaven“ den bestehenden Finanzierungsvertrag mit der Wilhelmshavener Grundbesitz- und Gebäude-Dienstleistungsgesellschaft mbH (WGG) maximal um 1.200.000 € auf 7.233.000 € zu erhöhen.

7.8 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Felbier)

7.8.1 Abberufung als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

222/2011

Da es sich hier um eine Vorlage des Verwaltungsausschusses und nicht um eine des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen handelte, trug **Herr Prof. Reuter** den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Frau Hannelore Janßen wird mit Wirkung vom 16.07.2011 als Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes abberufen.

B. Einwohnerfragestunde

Da keine Fragen vorlagen, wurde die Einwohnerfragestunde geschlossen.

Vor Abschluss des öffentlichen Teils der Ratssitzung machte **Oberbürgermeister Menzel** auf eine den Ratsmitgliedern vorliegende Broschüre „Wilhelmshaven – Ein starkes Stück Marine, Bundeswehrstandort an der Jade“ aufmerksam. Mit diesem Positionspapier wolle man sich in die Diskussion einbringen, die derzeit über die Standorte und die Bundeswehrstandorte geführt werde. Es bekenne sich zur Notwendigkeit einer Reform der Bundeswehr und zeige gleichzeitig die Stärken und Vorteile des Standortes Wilhelmshaven auf. Das Papier werde an zahlreiche Meinungsbildner in der Bundesrepublik verteilt. In diesem Sinne appelliere er an den Rat, diese Broschüre mit zu vertreten und für deren weitere Verbreitung zu sorgen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

gez.

Schmidt
Ratsvorsitzender

gez.

Menzel
Oberbürgermeister

gez.

Rogel
Protokollführerin